

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A)

(C)

(B)

(D)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 a bis 3 d auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007**

– Drucksache 16/8300 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und

Geschäftsordnung

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Kultur und Medien
- b) Erste Beratung des von den Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union**
- Drucksache 16/8489 –
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Innenausschuss
Rechtsausschuss
- c) Erste Beratung des von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23, 45 und 93)**
- Drucksache 16/8488 –
- Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
Rechtsausschuss
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- (B) d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Alexander Ulrich, Dr. Hakki Keskin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Intransparenz beenden – Eine lesbare Fassung des Reformvertrags schaffen**
- Drucksache 16/7446 –
- Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss
Rechtsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Auch das ist offensichtlich einvernehmlich. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jean Monnet, einer der Gründungsväter Europas, hat in seiner Erinnerung folgenden Satz geprägt: Wer auf ein Vorhaben verzichtet, weil er nicht die Ge-

wissheit hat, dass sich die Dinge nach Plan entwickeln, ist zur Untätigkeit verdammt. (C)

Vor einem Jahr hatten wir immer noch ein großes Vorhaben, aber – daran erinnere ich – alles andere als Gewissheit, vielleicht sogar ganz im Gegenteil. Das Projekt einer **Vertragsreform** – damals noch Verfassungsreform genannt – galt nach den verlorenen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden als gescheitert. Ich erinnere auch daran, dass unsere Entschlossenheit, sich dieser resignierten Haltung entgegenzustellen, auf ungläubige, ja manchmal sogar entmutigende Reaktionen traf; über Begebenheiten dieser Art habe ich bei anderen Gelegenheiten hier im Parlament bereits berichtet.

Allerdings: **Untätigkeit** konnten wir uns, konnte sich Europa nicht leisten. Wir konnten sie uns angesichts der wachsenden Herausforderungen, die die sich rasant wandelnde Welt für Europa darstellte, nicht leisten. Der weltweite wirtschaftliche Wettbewerb mit aufstrebenden Handelsmächten wie China und Indien, der Klimaschutz und die Energiepolitik, all das sind Stichworte, die diese Herausforderungen beschreiben. Wir konnten uns auch deshalb keine Untätigkeit leisten, weil die gescheiterten Referenden und die nachfolgende Krise eine Krise für das Selbstverständnis Europas bedeuteten. Ich füge hinzu: Wir wollten uns auch keine Untätigkeit leisten. Denn wir hatten den Anspruch, die Europäische Union demokratischer und transparenter zu machen.

Heute, kaum mehr als ein Jahr nach dem Beginn unseres Vorhabens, liegt Ihnen der Entwurf eines Gesetzes zur Ratifizierung des Vertrags von Lissabon vor. Das ist zuallererst ein Beleg für die Erneuerungskraft Europas und für das Verantwortungsbewusstsein, das alle Mitgliedstaaten im vergangenen Jahr an den Tag gelegt haben. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist auch ein Beweis für den engen Schulterschluss zwischen Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag: **Bundesrat und Bundestag** haben die Bemühungen der Bundesregierung um eine Wiederbelebung des Reformprozesses vom Anbeginn an engagiert und konstruktiv unterstützt. Dafür und für die exzellente persönliche Zusammenarbeit meinen ganz herzlichen Dank und den Dank der Bundesregierung!

Uns einte in den Diskussionen der letzten Monate das gemeinsame Ziel, die **Substanz des Verfassungsvertrages** zu erhalten. Dieses Ziel haben wir erreicht, auch wenn wir auf dem Weg zu diesem Ziel Abstriche machen mussten; darüber haben wir in diesem Hohen Haus bei anderer Gelegenheit gesprochen. Sie wissen, dass es nur um den Preis dieser Abstriche möglich war, das Ergebnis zu erzielen, das Sie kennen und das nach meiner festen Überzeugung für Europas Legitimation, für seine Glaubwürdigkeit und vor allen Dingen für Europas Handlungsfähigkeit entscheidende Fortschritte bringt.

Wir haben uns auf den Reformvertrag geeinigt. Jetzt kommt es darauf an, dass er wie geplant in Kraft tritt und ab Januar 2009 möglichst schnell mit Leben erfüllt wird. Dazu gehört die innerstaatliche **Umsetzung**, insbeson-

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) dere die konkrete Ausgestaltung der besseren **Mitwirkungsrechte** der nationalen Parlamente.

Wir haben – die Ausschüsse des Deutschen Bundestages waren intensiv daran beteiligt – die verschiedenen Optionen für die Umsetzung der mit dem Reformvertrag neu eingeführten Instrumente abgewogen. Am Ende stand die uns verbindende Überzeugung, dass es am besten ist, wenn wir die verstärkten Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat in einem sogenannten **Begleitgesetz** niederlegen. Sie wissen auch, flankiert wird dieses Begleitgesetz durch eine behutsame Anpassung des Grundgesetzes, die eine allgemeine Ausweitung und damit eine verfahrensmäßige Harmonisierung der Minderheitenrechte im Bundestag zum Inhalt hat. Ich glaube, das ist insgesamt eine sinnvolle, eine angemessene Lösung, der wir hoffentlich alle zustimmen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie wissen, dass Malta, Ungarn, Slowenien, Frankreich und Rumänien den neuen Vertrag bereits angenommen haben. Sie wissen auch, dass die **Ratifizierungsverfahren** in anderen Mitgliedstaaten noch einige Hürden zu nehmen haben; ich denke hierbei nicht nur an die Volksbefragung, an das notwendige Referendum, das in der zweiten Juniwoche in Irland stattfinden wird. Ich hoffe, dass am Ende in den Mitgliedstaaten die Weichen so gestellt sind, dass der Vertrag wie geplant zum 1. Januar 2009 in Kraft treten kann. Ich glaube, wir können die Umstände in anderen Staaten günstig beeinflussen, indem wir die Ratifizierung in Deutschland – mit Ihrer Unterstützung natürlich – bis zum 23. Mai abschließen. Ich glaube, es wäre ein gutes Signal, das auch in anderen Ländern – sicherlich auch in Irland – in der Diskussion Wirkung zeigen kann.

- (B)

Lassen Sie uns das Vorhaben, das wir vor einem Jahr gemeinsam begonnen haben, jetzt auch gemeinsam zu einem guten Ende führen.

Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die FDP-Fraktion erhält der Kollege Markus Löning das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Markus Löning (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Reformvertrag ist ohne Zweifel ein wichtiger Schritt nach vorne, hin zu mehr Handlungsfähigkeit und Gemeinsamkeit der Europäer. Die Europäische Union hat schon immer Stagnationsphasen und dynamische Phasen erlebt. Ich will Ihnen, Frau Bundeskanzlerin und Herr Bundesaußenminister, an dieser Stelle ausdrücklich die Anerkennung der Freien Demokraten dafür aussprechen, dass Sie unter Ihrer Präsidentschaft die Phase der **Stagnation** überwunden haben.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Meine Damen und Herren, Sie haben den Rahmen gesteckt. Die Portugiesen haben die Einigung über den Text herbeigeführt. Jetzt kommt es darauf an, dass der Vertrag ratifiziert wird. Wir sind nicht mit allem glücklich, was erreicht worden ist. Aber eines ist klar: Der Vertrag macht die Europäische Union demokratischer, transparenter und handlungsfähiger.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dem **Europäischen Parlament** wird eine ganze Reihe von neuen Rechten eingeräumt. Es wird an allen wesentlichen Teilen der Gesetzgebung – im Inneren und im Rechtsbereich, in der Landwirtschaft, im Verkehr und bei den Strukturfonds – beteiligt und erhält zudem ein sorgfältig ausgestaltetes Haushaltsrecht.

Bei der Wahl des **Kommissionspräsidenten** wird das Europäische Parlament dem Bundestag gleichgestellt; auch wir wählen den Chef der Exekutive. Ich weise an dieser Stelle auch darauf hin, dass das Europäische Parlament bei der Anhörung und Bestätigung der Kommission bessergestellt wird und mehr Rechte haben wird als der Deutsche Bundestag. Denn wir hören die Minister nicht an; auch wird die Regierung nicht durch uns bestätigt. An dieser Stelle ist ein deutlicher Fortschritt der Demokratie zu verzeichnen.

Auch die doppelte **Kontrolle** ist ein Schritt hin zu mehr Demokratie in Europa. Sie ist ein Schritt zu einer Union der Länder, aber auch der Bürger. Mit der doppelten Mehrheit werden die Bevölkerungsmehrheiten und Bevölkerungsgrößen der Länder angemessen abgebildet. Das ist für das große Land Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern ein wichtiger Schritt nach vorne zu mehr Demokratie in Europa.

(D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Europa wird rechtsstaatlicher gestaltet. Es wird durch Mehrheitsentscheidungen handlungsfähiger und erhält eine Rechtspersönlichkeit. Die Europäische Union kann endlich der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Ich hoffe, dass das auch unmittelbar nach der Ratifizierung erfolgen wird.

Des Weiteren erhalten wir eine **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**. Eines muss vor Beginn der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festgestellt werden: Sie muss den Geist der Union atmen. Sie kann nicht so gestaltet werden, wie es sich der Präsident unseres Nachbarlands Frankreich vorstellt, nämlich dass sich einige wenige große Staaten zusammenschließen und vorangehen. Wir brauchen zwar dynamische Gruppen, die vorangehen. Aber jedes Vorangehen von Gruppen muss inklusiv sein. Nichts darf als exklusiv empfunden werden. Die Großen dürfen sich nicht gegen die Kleinen zusammenschließen. Die Staaten des Südens dürfen sich

Markus Löning

- (A) nicht zusammenschließen und die Staaten des Nordens ausschließen. Der Westteil Europas darf sich nicht gegen den Ostteil zusammenschließen. Europa gehört zusammen. Jedes Zusammengehen in einzelnen Politikfeldern bedarf einer sorgfältig austarierten Gruppe derer, die vorangehen.

Ich halte es für außerordentlich wichtig, das von Anfang an klarzumachen: Wir sind für eine dynamische Entwicklung, aber nur gemeinsam und im europäischen Geist.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einige Worte zu den Punkten sagen, die leider nicht ganz gelungen sind. Es wird immer postuliert, dass die nationalen Parlamente eine stärkere Rolle bekommen sollen. Wir bekommen nun das Recht der **Subsidiaritätsrüge**. Wir sollen innerhalb von acht Wochen eine Mehrheit innerhalb des Parlaments herstellen. Obwohl die Frist nun um ein Drittel länger ist als ursprünglich vorgesehen, wissen Sie genauso gut wie ich, wie lang parlamentarische Wege sind und dass es daher außerordentlich schwierig sein wird, so schnell eine Mehrheit herzustellen. Ich glaube, die Rolle des Deutschen Bundestages wird – genauso wie die der anderen nationalen Parlamente – vielmehr darin bestehen, dass wir unsere Rechte, die uns zustehen, aktiv wahrnehmen. Das ist eine Aufforderung insbesondere an die Koalitionsfraktionen, in Zukunft mit mehr parlamentarischem Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gegenüber der Regierung aufzutreten. Wenn wir das nicht tun, nutzen uns alle Rechte nichts. Dann sind sie noch nicht einmal das Papier wert, auf dem sie stehen.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Hans Eichel [SPD])

Im wirtschaftlichen Bereich gibt es einige Punkte, die nicht so ausgefallen sind, wie wir Liberale uns das gewünscht hätten. Deutschland ist mit der Unabhängigkeit der Bundesbank immer sehr gut gefahren und hat deswegen großen Wert darauf gelegt, dass die Rolle der **Europäischen Zentralbank** entsprechend festgelegt wird. Nun ist sie vielleicht nicht faktisch, wohl aber symbolisch dadurch ein bisschen abgewertet worden, dass sie keinen eigenen Artikel mehr hat. Man kann und muss dem entgegensteuern. Uns muss klar sein: Das darf nicht den Einstieg in einen Paradigmenwechsel in der Währungspolitik bedeuten. Die EZB und ihre Unabhängigkeit müssen weiter Toppriorität in der deutschen Politik haben.

Der Verzicht auf **Symbole** mag ein Preis sein, den wir zahlen mussten, um Einigkeit herzustellen. Dennoch sollten wir daran denken, dass sich die Bürger mit Europa identifizieren wollen. Dazu brauchen wir Symbole. Deswegen begrüßen wir es, dass wir weiterhin Symbole im Bundestag verwenden.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich zum Thema **Wettbewerb** noch ein paar Sätze sagen. Wettbewerb wurde aus dem Zielkanon gestrichen und abgestuft. Aber Wettbewerb ist mehr als ein Mittel der Wirtschaftspolitik. Wettbewerb ist ein Ordnungsmittel einer freien Gesellschaft. Wenn ich sehe, dass soziale Ziele, die immer staatliches Handeln nach sich ziehen, nach vorne gerückt sind, während der Wettbewerb abgestuft ist, dann sehe ich im Hintergrund einen Paradigmenwechsel, der mir als Liberalen nicht gefällt. Europa ist auch immer eine Union der freien Bürger gewesen. Ein Grundwert Europas ist immer gewesen, dass die Freiheit des Einzelnen zählt, dass es sich um freie Gesellschaften handelt, in der das Individuum einen sehr hohen Stellenwert hat. Wir müssen in den nächsten Jahren unser Augenmerk darauf richten, dass nicht zu viel staatliches Handeln aus Europa quasi über uns kommt.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Mit dem Vertrag von Lissabon wird ein wichtiger Schritt gegangen. Damit können wir Europa nach vorne bringen. Wir Freien Demokraten werden den Vertrag ratifizieren; denn wir denken, dass die Vorteile die Nachteile überwiegen. Danach wird es an der Zeit sein, europäische Politik wieder mit Substanz zu betreiben, zum Wohl der Europäerinnen und zum Wohl der Europäer.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Andreas Schockenhoff ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist in den letzten Jahren durch den Beitritt von zwölf weiteren Staaten nicht nur größer geworden. Es ist auch politisch stabiler geworden. Wir haben es nicht nur geschafft, die widernatürliche politische Teilung zu überwinden, sondern auch zusammenzuwachsen. Dass die Europäische Union in einer so extrem schwierigen und völkerrechtlich nicht eindeutigen Frage wie der Anerkennung des Kosovo zusammengeblieben ist, dass sie sich geschlossen für die ESVP-Rechtsstaatsmission eingesetzt hat und den Aufbau des Kosovo angeht, zeigt doch, dass wir auf dem Weg zu einer handlungsfähigen **Sicherheitsunion** sind.

Ich nenne dieses Beispiel, weil die vielen wichtigen Verbesserungen durch den Lissaboner Vertrag nur dann die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union wirklich stärken werden, wenn auch der politische Wille da ist, trotz unterschiedlicher Interessen zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen. Genau darin liegt die politische Bedeutung dieser beiden Ereignisse, der Einigung auf den Lissaboner Vertrag und der Geschlossenheit in der Kosovo-Frage. Die EU hat ihre Ambitionen unterstrichen, eine politische Union, eine Sicherheitsunion, ein maßgeblicher Akteur der interna-

Dr. Andreas Schockenhoff

- (A) tionalen Politik zu sein. Die Einigung auf den Lissaboner Vertrag ist der Ausdruck des politischen Willens, die dafür erforderlichen Schritte der Vertiefung nachzuholen und den Prozess der **politischen Integration** fortzusetzen. Ich sage eines ganz offen: Angesichts der globalen Herausforderungen haben wir dazu keine Alternative. Entweder sind wir in der Lage, bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen unsere Interessen gemeinsam zu vertreten, indem wir handlungsfähiger werden, oder wir lassen uns von anderen vorgeben, welche Rolle wir zu spielen haben.

Dass Europa erneut zusammengefunden und sich auf diesen Vertrag geeinigt hat, ist maßgeblich ein Erfolg der deutschen **EU-Präsidentschaft**. Es war eine große Leistung unserer Bundeskanzlerin, selbst die widerspenstigsten Partner zu überzeugen. Dafür danken wir ihr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird diesen Vertrag ratifizieren. Auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt wurden, ist es ein guter Vertrag. Er stärkt die **Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit** der Europäischen Union: In 40 weiteren Politikbereichen gehen wir von der Einstimmigkeits- zur Mehrheitsentscheidung über, mit der doppelten Mehrheit wird künftig die Blockademöglichkeit eingeschränkt, und die EU-Kommission wird deutlich verschlankt, was einen Beitrag zum Bürokratieabbau darstellt.

Es gibt mehr Kontinuität und Sichtbarkeit nach innen wie nach außen durch den Präsidenten des Europäischen Rates und durch den Hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik. Wir sollten bei der umgangssprachlichen Bezeichnung „EU-Außenminister“ bleiben.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Henry Kissinger hat vor vielen Jahren gefragt, welches denn die Telefonnummer von Europa sei. Jetzt haben wir sie endlich. Das ist wichtig für den Dialog mit unseren globalen Partnern USA, Russland, China und Indien. Es ist aber auch für die Identifikation unserer Bürger mit der EU und ihrer Politik wichtig.

Die **nationalen Parlamente** werden durch das Recht der Subsidiaritätseinrede und der Subsidiaritätsklage gestärkt. Je größer die Europäische Union wird, desto wichtiger ist es, dass sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert: auf die globalen, länderübergreifenden Herausforderungen. Sie soll aber nicht für Fragen zuständig sein, die auf nationaler oder regionaler Ebene besser geregelt werden können. Die Europäische Kommission hat immer wieder Gesetzgebungsvorschläge gemacht – ich denke hier etwa an die Antidiskriminierungspolitik –, bei denen eine Zuständigkeit der EU kaum zu erkennen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Als nationale Parlamente haben wir jetzt die Chance, dafür zu sorgen, dass die EU-Politik wieder bürgernäher wird. Dann müssen wir unsere Rechte aber auch nutzen und die im Begleitgesetz geschaffenen Kontrollmöglich-

keiten anwenden: im Inneren gegenüber unserer eigenen Bundesregierung und nach außen, indem wir uns mit den anderen nationalen Parlamenten zügig koordinieren. (C)

Wie wichtig es ist, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, zeigen die Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben. Ich nenne drei Beispiele:

Erstens. Unsere wachsende Energieabhängigkeit macht es dringend erforderlich, die vor einem Jahr beschlossene **Energieaußenpolitik** endlich in die Praxis umzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dieses Thema wird heute und morgen beim EU-Gipfel angesprochen werden. Wenn wir in unseren Beziehungen gegenüber Dritten wie Russland weitermachen wie bisher – als Beispiele nenne ich nur den Einstieg Ungarns und Bulgariens bei „South Stream“ –, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn wir eines Tages ein Spielball russischer Gaspolitik werden.

Gasprom – das lässt sich an den Aktivitäten ganz klar absehen – hat eine europäische Strategie, Europa hat sie noch nicht; sie ist aber dringend erforderlich. Wir können uns eine fragmentierte, an bilateralen Verhandlungen orientierte Politik, die uns alle nur schlechter stellt, nicht mehr länger leisten. Wir brauchen eine **Energiesicherheitsunion**.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt erstens, dass Energieversorgungssicherheit ein geschlossenes Auftreten gegenüber Dritten erfordert. Das heißt zweitens, dass wir eine Kultur der Energiesolidarität brauchen, dass wir also bei Versorgungsproblemen solidarisch füreinander eintreten. Das schließt natürlich ein, dass wir gleiche Bevorratungsstandards haben. Es kann nicht angehen, dass die Bundesrepublik für 120 Tage Gas vorhält, während andere EU-Partner überhaupt keine Bevorratung haben. Das heißt drittens, dass wir unsere technologische Überlegenheit im Energiebereich, also Energieeffizienz, Energieeinspartetechnologien und Klimaschutz, viel stärker in die Verhandlungen einbringen müssen. (D)

In diesem Zusammenhang – das ist das zweite Thema – kurz ein Wort zur **Klimapolitik**. Der Klimawandel wird immer mehr zu einem Sicherheitsrisiko. Es wäre sträflich, ihn nur als ein Umwelt- und Energieproblem zu betrachten. Wenn es nicht gelingt, den Klimawandel zu bewältigen, dann werden sich die Folgen des Klimawandels in anderen Regionen direkt bei uns in Europa auswirken, zum Beispiel durch Flüchtlingsbewegungen, aber auch indem wir in Konflikte um Wasser, Land und Nahrung hineingezogen werden. Wir müssen unbedingt die im letzten Jahr beschlossenen Emissionsreduktionsziele erfüllen, wir müssen erreichen, dass unsere Partnerländer, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer mehr als bisher für den Klimaschutz tun, und wir brauchen einen europäischen Ansatz zur Konfliktprävention und zum Krisenmanagement, um den durch den Klimawandel hervorgerufenen Herausforderungen zu begegnen.

Dr. Andreas Schockenhoff

- (A) Ein drittes Thema: Wir müssen möglichst bald die Verhandlungen mit **Russland** über ein Folgeabkommen zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen beginnen. Die Energiethematik wird dabei eines der wichtigen Themen sein, aber auch Themen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Ausbau der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit müssen vorangebracht werden. Der künftige Präsident Medwedew hat dazu bemerkenswerte Reden gehalten und Aussagen gemacht, die wir begrüßen. Wir hoffen, dass er sie in die Tat umsetzt; sonst wird er das selbstgesteckte Ziel einer umfassenden Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in Russland nicht erreichen. Ich sage aber auch, dass wir ein klares Interesse an einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland haben. Deswegen sollten wir Medwedews Modernisierungsvorhaben unterstützen und nicht nur als Zuschauer begleiten, zumal Russland uns braucht. Dadurch haben wir Einfluss. Dabei werden wir Medwedew und seine wiederholte Betonung von Rechtsstaatlichkeit, freien Medien und einer starken Zivilgesellschaft beim Wort nehmen. Das tun wir beispielsweise dadurch, indem wir einfordern, dass das Gesetz über Nichtregierungsorganisationen geändert wird. Das ist ein bürokratisches Monstrum, das dem Staat nach wie vor viel Raum für Willkür bietet.

Alle drei Themen – Energie, Klima, Russland – werden Schwerpunkte auch der französischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr sein. Diese Herausforderungen zeigen, wie wichtig es ist, dass der deutsch-französische Motor rundläuft. Deutschland und **Frankreich** waren seit Beginn der europäischen Einigung der Motor des Einigungsprozesses und werden es auch weiterhin sein. Wann immer sich Deutschland und Frankreich nicht einig waren, lief nichts in der Europäischen Union; wenn sie sich einig waren, kam die Europäische Union voran. Deshalb begrüßen wir, die CDU/CSU, es außerordentlich, dass es Ihnen, liebe Frau Bundeskanzlerin, vor wenigen Tagen gelungen ist, mit Präsident Sarkozy in Hannover eine europäische Lösung für das Projekt einer Union für das Mittelmeer zu vereinbaren. Alles andere wäre ein Rückschlag gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird in Frankreich ganz unterschiedlich bewertet!)

– Die politische Bewertung der Europapolitik durch die Bundeskanzlerin und durch den französischen Präsidenten ist einheitlich, und das ist das Entscheidende. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glaubt doch kein Mensch! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weiß das Herr Sarkozy?)

Wir brauchen eine starke französische Präsidentschaft, die sich frühzeitig mit Deutschland abstimmt.

Für die Europapolitik ist es wichtig, die mittleren und kleinen Staaten frühzeitig einzubinden. Das ist bei 26 Partnerstaaten oft mühsam und nicht immer einfach; aber die deutsche Präsidentschaft hat gezeigt, dass es möglich ist. Nichts ist kontraproduktiver für Europa, als wenn die großen eine Politik über die Köpfe der mittleren und kleinen Staaten hinweg betreiben. (C)

Ich fasse zusammen: Der Lissabonner Vertrag ist ein guter Vertrag, der Europa voranbringen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Markus Löning [FDP])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Professor Dr. Lothar Bisky, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Niederländer und Franzosen haben in Referenden die ursprüngliche EU-Verfassung abgelehnt. Sie wollten eine Verfassung für Europa

(Zuruf von der CDU/CSU: Das war gestern!)

– ja, das war gestern, aber man darf sich daran erinnern –, aber sie wollten keinen Sargdeckel für den Sozialstaat; sie wollten nicht, dass Aufrüstung und eine gescheiterte Wirtschaftspolitik Verfassungsrang erhalten. (D)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie stimmt denn die Linke in Berlin ab? Gegen den Vertrag, Herr Bisky?)

Es gibt weitere Gründe.

Die Regierenden verordneten sich eine Denkpause, aus der sie bis heute nicht herausgefunden haben. Das Ergebnis: Die Europäerinnen und Europäer bekommen jetzt einen Vertrag, in dem erneut Aufrüstung und eine gescheiterte Wirtschaftspolitik die Grundrichtung bestimmen.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Diese alten Hüte! – Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Von gescheiterter Wirtschaftspolitik verstehen Sie etwas!)

Der Konventspräsident Giscard D'Estaing sagte, der Vertrag von Lissabon sei ein alter Brief in einem neuen Umschlag.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie die PDS!)

Ich frage mich: Fürchten sich die Regierenden vor den Europäern, oder haben die Europäerinnen und Europäer Grund, sich vor diesem Vertrag zu fürchten?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Lothar Bisky

- (A) Bis heute liegt kein lesbarer Vertrag vor. Wir alle brauchen einen Steuerberater; wahrscheinlich werden wir alle auch einen Europaberater brauchen. Ohne europäische Öffentlichkeit gibt es keine europäische Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sicher: Mit dem europäischen Bürgerbegehren wird mehr direkte Demokratie in Europa eingeführt; soziale Bewegungen erhalten von der EU ein Gestaltungsinstrument. Das begrüßen wir ausdrücklich. Es ist aber ein Armutszeugnis, dass es bei einem so einschneidenden Vertragswerk zu einer eklatanten Missachtung des Volkswillens kommt. Darum fordert die Linke Volksabstimmungen in allen EU-Ländern,

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

am besten am selben Tag, damit Europa auf der Zustimmung seiner Menschen aufbauen kann.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie stimmen Sie dann ab, Herr Bisky? Wie Harald Wolf mit Nein?)

Wir sehen durchaus Verbesserungen gegenüber dem Vertrag von Nizza: Die Charta der Grundrechte wird rechtsverbindlich. Künftig soll eine soziale Querschnittsklausel zur Prüfung aller Rechtsakte auf ihre Sozialverträglichkeit gelten. Die Vielfalt der Daseinsvorsorge und der vorrangigen Kompetenz der Mitgliedstaaten wird anerkannt. Europol kommt unter parlamentarische Kontrolle. Haushaltsrechte des Europäischen Parlaments werden gestärkt.

(B)

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Lauter Gründe, zuzustimmen!)

Bei internationalen Handelsabkommen wird ein parlamentarisches Vetorecht eingeführt. Und: Die Mitbestimmungsrechte des Europäischen Parlaments werden von 20 auf 80 Politikbereiche erweitert.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Ein guter Vertrag! Ein sehr guter Vertrag!)

Die ursprüngliche Idee der europäischen Integration war es, **Frieden durch Abhängigkeit** zu schaffen. Heute wird überdies eine politische Antwort auf die Globalisierung gesucht. Wir stehen vor den Herausforderungen des Klimawandels, der Energiesicherheit und der Friedenssicherung durch Kooperation. Der Vertrag von Lissabon wird diesen Herausforderungen nicht gerecht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Bei allem Positiven: Es fehlt ihm an Zukunftsfähigkeit. Wir bedauern, dass Sozialstaatlichkeit nicht zu den Werten der EU gehört und soziale Marktwirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit gekoppelt ist. Marktradikalismus lehnen wir ab; das wissen Sie.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Eine Lehre aus der europäischen Geschichte lautet: Wir dürfen Freiheit und Gerechtigkeit nie wieder trennen. (C)

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Das sagen Sie?)

Wir müssen sie zusammen denken.

Meine Damen und Herren von der Koalition, mit dem Vertrag von Lissabon schaffen Sie eine **Aufrüstungsverpflichtung**.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD – Markus Löning [FDP]: Das ist demagogischer Mist, den Sie da verzapfen!)

Ich zitiere den Direktor der EU-Verteidigungsagentur, Alexander Weis. Im *Handelsblatt* vom 27. November 2007, auf Seite 7, hat er das Jahr 2008 zum Jahr der Aufrüstung erklärt. Ich frage Sie: Wer bedroht Europa heute?

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Sie bedrohen Europa!)

Wir als Linke meinen: Wir brauchen weder Innenminister, die in unsere Computer kriechen, noch darf sich Europa durch Raketen spalten lassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Was wir brauchen, sind viele Jahre der Abrüstung.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Zu welchem Thema sprechen Sie?) (D)

Wozu brauchen wir eine ständige strukturierte Zusammenarbeit? Möchte die EU ihre Battle-Groups innerhalb von wenigen Tagen überall in die Welt verlegen? Wollen die Europäer die strenge Bindung an die UN-Charta lösen?

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wo leben Sie denn eigentlich?)

Nur wer meint, immerzu stark zu sein, kann sich die Missachtung des Völkerrechts leisten.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Genau! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

6 000 Afrikaner – junge Frauen, junge Männer, Kinder – sind allein im vergangenen Jahr bei dem Versuch ertrunken, europäisches Festland zu erreichen. Es ist zynisch, die Heimat dieser Menschen mit Waren zu überfluten, ihre Sehnsucht nach einer Perspektive aber im Mittelmeer zu ertränken.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Markus Löning [FDP]: Sagen Sie das mal den afrikanischen Diktatoren!)

Ich will deutlich sagen: FRONTEX ist eine humanitäre Katastrophe. Wir alle sind aufgefordert, dies zu überwinden.

Dr. Lothar Bisky

- (A) (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach! Wenn es um Agrarsubventionen für die alten LPG-Betriebe geht, sind Sie auf der anderen Seite!)

– Frau Künast, Sie sind gleich dran, dann können Sie das alles sagen. Es gibt keinen Grund zur Aufregung.

Die Linke möchte eine Verfassung für Europa, die auf den besten europäischen Traditionen aufbaut: ein soziales, ein wohlhabendes und ein friedliches Europa.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Freiheit!)

Die Bundesregierung hat sich redlich bemüht, die europäischen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu stützen. Das halten wir für falsch. Deshalb lehnen wir den „Basta!“-Vertrag von Lissabon ab.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Rainer, jetzt bin ich aber gespannt! Frieden durch Aufrüstung! Grüne Ideale!)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein Schritt in die richtige Richtung, dass auch die Linke in diesem Bundestag verstanden hat – das erkenne ich auch an, Kollege Bisky –: Dieser Vertrag macht die Zukunft Europas demokratischer und transparenter; er stärkt die Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger deutlich. All das ist anscheinend Konsens in diesem Haus. Das ist gut so – das sage ich auch ganz deutlich in Ihre Richtung, Herr Bisky –; das ist, finde ich, ein Schritt in die richtige Richtung.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sie haben nicht zugehört!)

Wir als Grüne in diesem Haus haben immer gesagt: Natürlich wäre es richtig gewesen, über die europäische Verfassung damals ein Referendum zu veranstalten und damit ein Votum in ganz Europa herbeizuführen. Unsere Debatte über die Vor- und Nachteile von Referenden ist aber sehr viel differenzierter als das, was Sie mit Ihrer Forderung nach Referenden auf nationaler Ebene hier populistisch einbringen. So einfach ist das nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mich ärgert es manchmal schon, wie schnell einige Leute vom autoritären Zentralismus zur direkten Demokratie und Basisdemokratie übergewechselt sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP –

- Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der doppelte Toeloop! – Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Reiner Populismus!) (C)

Ich glaube, dass zwei Fragen wichtig sind, weil sie die Menschen in diesem Land bewegen. Die Menschen machen sich Gedanken über die Frage: Kann die Europäische Union unsere zentralen Zukunftsfragen lösen?

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Ja!)

Die Fragen der Sicherheit und der ökonomischen Zuverlässigkeit sind mit Blick auf die Erreichung der Ziele der Menschen in Europa berechtigt, auf sie muss man eingehen. Ich will dies noch einmal sehr deutlich sagen: Herr Bisky, Sie haben den marktradikalen Neoliberalismus wieder angesprochen. Wenn Sie sich diesen Vertrag einmal genau anschauen würden, so würden Sie sehen, dass man jedes dieser Argumente widerlegen kann. Unter anderem gibt es die soziale Querschnittsklausel in Art. 5 des Vertrages. Dort steht:

Bei der ... Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen

– und zwar aller Politiken der Europäischen Union –

trägt die Union den Erfordernissen im Zusammenhang mit der Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, mit der Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, mit der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sowie mit einem hohen Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes Rechnung. (D)

Das sind zentrale soziale Erfordernisse, die in dieser Verfassung wie in keiner anderen als Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder enthalten sind. Als oberstes Ziel steht in Art. 2 Abs. 3 unter dem Stichwort „soziale Ziele“: Die EU

bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern ...

Ich will das gar nicht alles vortragen. Diese zentralen **sozialen Ziele** sind in keiner anderen Verfassung Europas so intensiv integriert wie in diesem Vertrag.

Schließlich gibt es auch noch die Grundrechtecharta, die in zentralen Teilen ebenfalls diese sozialen Grundrechte beschreibt, die nicht nur für die Staaten, sondern auch für die Organe der Europäischen Union relevant sind. In diesem Zusammenhang zitiere ich aus der Bezirkszeitung *Die Linke. Friedrichshain-Kreuzberg* vom 5. Februar dieses Jahres:

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Was du alles liest!)

Die Charta der Grundrechte ist das modernste Grundrehtedokument überhaupt. – Das steht in diesem lesenswerten Blatt. Das ist richtig, das unterstützen wir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Rainer Steenblock

- (A) Das hat Frau Kaufmann geschrieben, die Abgeordnete der Linken, die für sie auch im Konvent war.

Vielleicht noch ein Wort zum Militarismus. Wenn man in diesem Vertrag nachliest, was dort zur **Sicherheits- und Friedenspolitik** steht, dann sieht man: Im Vertrag ist als allererstes Ziel in Art. 2 Abs. 1 verankert:

Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.

Weiter heißt es dann:

In ihren Beziehungen zur übrigen Welt ... leistet [sie] einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern ... sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

Hier ist die Friedenspflicht internationaler Politik noch einmal verankert.

Auch in dem Kapitel zur Außen- und Sicherheitspolitik werden vorrangig, vor den militärischen Konfliktlösungsmöglichkeiten, die zivilen Möglichkeiten genannt. All das steht in dieser Verfassung. Deshalb unterstützen wir diesen Vertrag für die Zukunft Europas. Er spiegelt genau unsere Werte wider.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Als Vertreter der Grünen sage ich hier denjenigen, die dieses Europa sozialer machen wollen: Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit, und wir brauchen weitere Initiativen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Aha!)

All denjenigen, die dieses Europa – das bezieht sich auf die Sicherheitspolitik – mit seinen zivilen Konfliktlösungsmöglichkeiten aktiver, attraktiver und auch handlungsfähiger machen wollen, sage ich: Auch Sie haben die Grünen an Ihrer Seite. Das ist überhaupt keine Frage. Dieser Prozess muss weitergehen. Ich sage aber auch sehr deutlich: Diejenigen, die die Grundwerte der Europäischen Union instrumentalisieren wollen, um daraus ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen, werden unseren entschiedenen Widerstand finden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Der nächste Redner ist der Kollege Michael Roth, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am gestrigen Tag hat das Europäische Parlament feierlich seinen 50. Geburtstag begangen. Das Europäische

Parlament macht deutlich, in welchem dynamischen Prozess der Verfassungsgebung innerhalb der Europäischen Union wir uns bewegen. (C)

Wie klein und bescheiden hat der Parlamentarismus in Europa begonnen – mit einem beratenden Gremium. Jetzt haben wir es, auch dank des Vertrages von Lissabon, mit einem parlamentarischen Organ zu tun, das in fast allen Politikbereichen, für die die Europäische Union verantwortlich zeichnet, mit dem Rat gleichberechtigt ist. Damit wird deutlich: Die Europäische Union ist eine Union nicht allein der Staaten, nicht allein der Regierungen; vielmehr ist sie eine Union der Bürgerinnen und Bürger, der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Dafür haben wir viel, lange, intensiv und mühsam gearbeitet; es ist ein Erfolg, auf den wir alle gemeinsam stolz sein können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Eine zentrale Aufgabe der Europäischen Union ist es, sich mit einer demokratischen und gleichzeitig sozialen Antwort auf die Risiken und die Chancen der Globalisierung zu positionieren. Da sei die kritische Frage erlaubt, ob das, was wir institutionell, auch mit dem Vertrag von Lissabon, auf den Weg bringen konnten, ausreicht, um die EU im globalen Wettbewerb so zu positionieren, dass sie den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger vollumfänglich gerecht werden kann. Ich befürchte, dass die Fortschritte, die wir erzielen konnten, noch nicht ausreichen. Aber auch das sollte uns nicht in Pessimismus verfallen lassen, weil wir alle wissen, dass auch mit dem Vertrag von Lissabon die **Verfassungsgebung** in der Europäischen Union nicht an ein Ende gekommen ist. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, nicht nur hier im Parlament, halten an dem Ziel fest: Wir wollen eine Verfassung für die Europäische Union. Wir wollen, dass die Union der Bürgerinnen und Bürger weiter gestärkt wird und dass auch der Parlamentarismus in der Europäischen Union noch stärker gefestigt wird, als das mit dem Vertrag von Lissabon erfreulicherweise der Fall ist. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Michael Stübgen [CDU/CSU])

Wir müssen zur Kenntnis nehmen – ob uns das passt oder nicht –, dass das Fundament gemeinsamer Überzeugungen innerhalb der Europäischen Union brüchiger geworden ist. Mit einer EU der 27 ist es schwierig geworden, so voranzukommen, wie es die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten. Die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner ist mit 27 natürlich schwieriger als mit sechs, acht oder auch mit 15 Partnern. Dennoch können wir hier im Bundestag zufrieden sein. Ein langer Weg kann hoffentlich endlich zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Erinnern wir uns kurz: Der Weg hat, damals noch unter deutscher Präsidentschaft – Ratspräsident war Gerhard Schröder –, mit dem Konvent zur Erarbeitung der Grundrechtecharta begonnen. Das war das Startsignal für die Verfassungsdebatte. Deswegen sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders stolz auf das, was wir in den vergangenen Jahren und Monaten erzielen konnten.

Michael Roth (Heringen)

(A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was ist aber jetzt zu tun? Wir alle wissen: Der Vertrag von Lissabon macht die Europäische Union nicht automatisch besser. Aber es besteht jetzt eine Chance, dass wir in bestimmten Politikfeldern vorankommen. Das zentrale Momentum scheint für mich zu sein, dass wir das **europäische Sozial- und Gesellschaftsmodell** ausbauen, stärken und intensivieren. Hier ist die Europäische Union noch nicht so weit, wie sie eigentlich sein müsste. Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass bei der Lösung von sozialen Problemen, bei der Schaffung von neuen und zukunftsweisenden Arbeitsplätzen die Europäische Union nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung ist. Hier muss die Europäische Kommission in noch stärkerem Maße als bislang das europäische Sozialmodell in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten rücken. Wir als Deutscher Bundestag haben diesen Prozess sehr aufmerksam und sehr kritisch zu begleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ebenso wichtig ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in **außen- und sicherheitspolitischen Fragen** zu einem neuen Gemeinsinn kommen. Hier haben die großen Mitgliedstaaten Vorbild zu sein. Deswegen ist das, was auch unser französischer Partner in den vergangenen Monaten geliefert hat, besorgniserregend. Es kann nicht angehen, dass man mit dem Kopf durch die Wand will, dass man beispielsweise mit der Mittelmeerunion einen Vorschlag auf den Weg bringt, der eher spaltet denn vereint. Wir müssen das gemeinsame Fundament in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken.

(B) Wir können nicht mit dem Finger auf Tschechien oder andere kleinere Mitgliedstaaten zeigen, wenn gerade die großen Mitgliedstaaten – Deutschland, Frankreich, Großbritannien – nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Diese Glaubwürdigkeit darf von uns erwartet werden. Wenn wir hinsichtlich unserer Überzeugungen nicht glaubwürdig sind, können wir auch nicht mit dem Finger auf andere, wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder Russland, zeigen.

Wir brauchen daher keine großen Solisten in der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Wir brauchen Teamspieler und die Bereitschaft zum Kompromiss. Denn weltweit besteht die Erwartungshaltung an die Europäische Union: Tragt dazu bei, dass Konflikte präventiv oder mit zivilen Mitteln gelöst werden! Tragt zu einem anderen Sicherheitsmodell – als dem zur Zeit global dominierenden – bei! Die Europäische Union sollte diesen Erwartungen gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen – das betrifft jetzt einen anderen zentralen Politikbereich der Europäischen Union – eine neue Balance zwischen **Sicherheit** und **Freiheit**. Die EU begreift sich als Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts. Ich habe bei einigen Gesetzesinitiativen und -vorstößen der EU-Kommission mitunter den Eindruck, dass man die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zulasten einer vermeintlichen Sicherheit opfert. Es muss deutlich werden, dass wir innerhalb der Europäischen Union nicht einseitig auf Sicherheitsmodelle setzen, die bei-

spielsweise von den Vereinigten Staaten von Amerika (C) propagiert werden. Ich halte zum Beispiel die Vorschläge zur Fluggastdaten-Speicherung für inakzeptabel. Darüber müssen wir noch einmal reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht unsere Vorstellung von einem sicheren und freiheitlichen Europa der Bürgerinnen und Bürger.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Unsere auch nicht!)

Wir müssen vor allem unsere eigene Rolle als **Parlament** neu justieren. Der Vertrag von Lissabon eröffnet den nationalen Parlamenten neue Chancen der Mitverantwortung und der Mitwirkung. Es bleibt aber dabei: Die zentrale Aufgabe des Deutschen Bundestages ist es, Regierungshandeln innerstaatlich zu kontrollieren. Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rat von der Bundesregierung vertreten. Hier müssen wir kontrollieren und versuchen, Einfluss zu nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Oftmals gibt es Missverständnisse in Deutschland, was die **Subsidiarität** angeht. Subsidiarität ist ein Instrument; aber wir dürfen mit der Keule der Subsidiaritätskontrolle oder -rüge nicht all das, was uns möglicherweise politisch missfällt, zerschlagen. Wir brauchen die politische Auseinandersetzung. Wir müssen uns frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess der Europäischen Union einbringen. Subsidiaritätsrüge und -kontrolle sind sicherlich wichtige Instrumente. Wir müssen aber dafür sorgen, dass es innerhalb der Europäischen (D) Union keine neuen Blockaden gibt, sondern konstruktive Mitgestaltung. Hier stehen wir im Wort.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Roth.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin.

Es muss uns darum gehen, auch durch personalpolitische Entscheidungen, die in den nächsten Jahren und Monaten zu treffen sind, die Gemeinschaftsinstitutionen der Europäischen Union zu stärken. Wir brauchen nicht mehr intergouvernementales Handeln, –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, Sie sprechen auf Kosten Ihrer Fraktionskollegen.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

– sondern eine starke Kommission und ein starkes Parlament. Deshalb bleibt es beim Slogan der deutschen Ratspräsidentschaft: Die EU gelingt nur gemeinsam.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Sehr gut! Hervorragend!)

(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Florian Toncar, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Florian Toncar (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist ein Projekt der Freiheit. Grenzen fallen; Menschen aus unterschiedlichen Ländern kommen zusammen. Jeder Europäer darf sich in ganz Europa frei entfalten. Die Unionsbürgerschaft gewährt ihm im ganzen Unionsgebiet das Recht dazu.

Vor diesem Hintergrund finde ich es ein bisschen schade, dass diese Errungenschaften in Ihrer wenig inspirierenden Rede, Herr Kollege Bisky, nicht gewürdigt worden sind. Ich glaube, dass Sie einen eher öden Vortrag über alle Vorurteile – seien sie auch noch so platt –, die es über Europa gibt, gehalten haben. Das wird Europa nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Europa stärkt nämlich nicht nur unsere Wettbewerbsfähigkeit – das tut es zweifelsohne –, sondern Europa fördert insgesamt die gegenseitige Toleranz von Menschen unterschiedlicher Herkunft, die Fähigkeit, sich auf Menschen anderer Kulturen, anderer kultureller Herkunft einzulassen. Ich glaube, dass diese Fähigkeit, andere Kulturen zu verstehen und auf andere Menschen einzugehen, eine der Schlüsselqualifikationen im Zusammenhang mit der Globalisierung insgesamt ist. Europa liefert sie uns gratis, und dafür sollten wir etwas dankbarer sein.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieses Europa wird mit dem Lissabonner Vertrag wieder handlungsfähig – das ist gut. Denn wir haben sehr lange über Verfahren und die Verfassung gestritten. Aber das ist ja auch der Weg, den man gehen muss, um die bestehenden Probleme anzupacken.

Ich möchte einen Bereich als Beispiel nennen, in dem wir sehr viel zu tun haben werden, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in Europa. In 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union herrscht Bewegungsfreiheit. Das ist großartig, aber das macht mehr Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und mehr Koordination auf europäischer Ebene notwendig.

Der Lissabonner Vertrag vertieft die bestehende Zusammenarbeit in der **Innen- und Rechtspolitik**. Das zentrale Prinzip sowohl im zivilrechtlichen als auch im strafrechtlichen Bereich ist das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in Art. 81 und 82 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Auf der einen Seite ist also die gegenseitige Anerkennung zwingend vorgesehen. Auf der anderen Seite fehlt es aber immer noch an Mindestvorschriften für ein faires Strafverfahren, für Beschuldigtenrechte und Datenschutz in ganz Europa. Aus unserer Sicht kann es nicht gehen, dass einerseits die

gegenseitige Anerkennung sehr weit geht, aber andererseits die Beschuldigtenrechte und Verfahrensrechte dem nicht gerecht werden. Daran muss gearbeitet werden. **(C)**

(Beifall bei der FDP)

Denn wer gleichzeitig von Freiheit, Sicherheit und Recht spricht, der muss alle diese Werte schützen und nicht die einen mehr und die anderen weniger.

Natürlich ist der Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention ein wichtiges Signal, das die FDP-Bundestagsfraktion seit vielen Jahren gefordert hat. Auch die Verbindlichkeit der Grundrechtecharta ist wichtig für den Grundrechtsschutz in Europa. Aber für die gegenseitige Anerkennung ist beides nicht ausreichend. Die EMRK gilt in ganz Europa für alle Mitgliedstaaten schon sehr lange. Trotzdem gibt es noch deutliche Unterschiede bei den Standards in den Strafverfahren. Die Grundrechtecharta wird für europäisches Recht gelten, aber nicht bei Strafverfahren auf nationaler Ebene. Das bedeutet, dass wir in dem neuen Vertrag – wenn er in Kraft tritt – zwingend von der Ermächtigung Gebrauch machen und die angesprochenen Verfahrensgarantien auf europäischer Ebene schnell weiter harmonisieren müssen, wenn wir die gerichtlichen Entscheidungen gegenseitig anerkennen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch eine Bemerkung zum Thema **Subsidiarität** machen. Das ist ein Thema, auf das wir mehr achtgeben müssen. Früher war völlig klar: Europa hat eher ein Defizit bei den Kompetenzen. Heute sind die Kompetenztitel des Vertrages sehr weitgehend. Jetzt geht es um eine sinnvolle Abgrenzung dessen, was eher dezentral, regional, auf nationalstaatlicher oder europäischer Ebene gelöst werden soll. Dieses Prinzip muss ernst genommen werden. Es ist eine der Schlüsselfragen bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union, wie viel regionale Vielfalt noch möglich und erlaubt ist und in welchen Bereichen es gar keine andere Möglichkeit gibt, als europaweit einheitliche Regelungen zu treffen. **(D)**

In den letzten Jahren hat es immer wieder Versuche gegeben, EU-Kompetenzen auszudehnen, die wir als wenig sinnvoll erachtet haben. Es gab beispielsweise den Streit um das Thema Bodenschutz. Im Strafrecht gab es immer weiter reichende Kompetenzen, die zum Teil nicht einmal auf einer klaren vertraglichen Grundlage beruht haben. Jetzt liegen Vorschläge für eine Ausweitung des Antidiskriminierungsschutzes in Europa auf dem Tisch. Wir glauben, dass wir das Subsidiaritätsprinzip in diesen Bereichen in Zukunft strikter anwenden und besser beachten müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Kompetenztitel dieses Vertrages und auch die Formulierung des Subsidiaritätsprinzips in Art. 5 des EU-Vertrages sind nicht besonders klar. Sie lösen diesen Konflikt nicht, sondern machen es nötig, dass wir diesen auch im Vertrag angelegten Konflikt bei jeder einzelnen Sachfrage wieder von Neuem austragen und diskutieren. Dieses Parlament sollte sich das Recht herausnehmen, sehr selbstbewusst zu sagen: Es gibt Bereiche, in

Florian Toncar

- (A) denen man uns die Regelungskompetenz nicht wegnehmen muss, weil sie auch auf nationaler Ebene sehr vernünftig geregelt werden können.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Von diesem Recht muss der Bundestag Gebrauch machen.

Ein weiterer Punkt ist: Der Europäische Gerichtshof hat bisher bei allen Kompetenzfragen eine große Zurückhaltung an den Tag gelegt und gesagt: Wir entscheiden das nicht; wenn die Regierungen im Rat sagen, dass etwas auf europäischer Ebene geregelt werden muss, dann wird es schon so sein. – Diesen Beurteilungsspielraum möchte ich dem Rat nicht mehr zugestehen. Ich glaube, dass der Europäische Gerichtshof nicht darum herumkommen wird, eine klare Doktrin zu entwickeln, wie er das Subsidiaritätsprinzip anwendet. Ich verbinde mein positives Votum zum Vertrag mit der klaren Erwartung, dass der Gerichtshof das tun wird und auch meine Rechte als Mitglied eines nationalen Parlaments durch konsequente Anwendung des Vertrages schützt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe dem Kollegen Gunther Krichbaum, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Gerade in letzter Zeit höre ich vermehrt, wir hätten statt eines Vertrages lieber eine Verfassung gehabt. Manche trauern jenen Bestandteilen hinterher, die jetzt nicht mehr im Vertrag enthalten sind. Ich kann nur davor warnen, dieses Werk kleinzureden. Wir befinden uns heute in der ersten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Vertrag von Lissabon. Wir beginnen damit den Ratifizierungsprozess. Die Abstimmung darüber hier im Parlament wird im Ergebnis einen **Quantensprung** für die Entwicklung in Europa bedeuten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich höre darüber hinaus, der Text sei nicht lesefreundlich. Mit diesem Text wurde nie der Anspruch verfolgt, den Literaturnobelpreis zu erringen. Ich kenne kaum jemanden in Deutschland, der mir erklären kann, wie der Motor eines Autos funktioniert. Die meisten setzen sich ins Auto und wollen damit fahren. So ist es auch mit Europa. Nicht die Details dieses Vertrages müssen interessieren, sondern der Umstand, dass wir uns damit in Europa nach vorne bewegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Lothar Bisky [DIE LINKE])

– Verehrter Herr Bisky, es bleibt natürlich Ihnen überlassen, einen Steuerberater zu konsultieren, um den Ver-

tragstext zu verstehen. Dieser Umstand lässt allerdings tief blicken. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ging darum, in Europa **Handlungsfähigkeit** zurückzugewinnen. Diese Handlungsfähigkeit haben wir zurückgewonnen. Wir haben die Strukturen verschlankt. Wir verringern die Zahl der Kommissare. Obwohl möglicherweise weitere Staaten der EU beitreten werden, wird die Zahl der Parlamentarier begrenzt. Wir haben mehr und mehr sogenannte Mitentscheidungsverfahren des Parlaments bzw. Mehrheitsentscheidungen statt des zähen Einstimmigkeitsprinzips. Diese Aufzählung könnte man beliebig fortsetzen.

Zunächst musste das Fundament, auf dem Europa aufgebaut wurde, ein Haus mit sechs bzw. zwölf Mitgliedstaaten tragen. Mittlerweile wohnen in diesem Haus 27 Mitgliedstaaten. Das Fundament hat daher nicht mehr getragen. Dies gilt erst recht, wenn möglicherweise mit Kroatien noch ein 28. Mitglied hinzukommt. Diesem Umstand müssen wir Rechnung tragen.

Hier haben wir den entscheidenden Schritt nach vorne getan. Wir haben insgesamt zu mehr Transparenz gefunden. Die **demokratische Teilhabe** wird gestärkt, sodass erstmalig der Deutsche Bundestag und auch die Bundesländer mehr Mitsprachemöglichkeiten haben. Um es im Klartext zu sagen: Daraus erwächst auch ein hohes Maß an Verantwortung für uns Parlamentarier. Das geht bis in die einzelnen Fachausschüsse hinein. Wir können es uns mit dem Thema Europa nicht mehr so leicht wie in der Vergangenheit machen. Europa strahlt sehr viel stärker. Diesem Umstand müssen wir noch stärker Rechnung tragen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. (D)

Wir reden sehr häufig über die Grundpfeiler. Dazu gehören auch unsere Errungenschaften wie Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das müssen wir auch an einem Tag wie heute erwähnen, das können wir nicht oft genug tun. Für mich ist es neben der zweifelsohne historischen Errungenschaft des jetzigen Lissabon-Vertrages wichtig, dass wir im Sinne der Bürger auch über andere europäische Errungenschaften sprechen. Das sind für mich der Wettbewerb und die Regelungen in diesem Wettbewerb. Immerhin verdanken wir diesen Regelungen einen einheitlichen **europäischen Binnenmarkt**. Wir haben den Euro. Gerade in diesen Tagen muss man den Bürgern aufzeigen, wie wichtig genau diese Errungenschaft ist. Ich will nicht wissen, was in Deutschland an den Tankstellen los wäre, wenn wir unseren starken Euro nicht hätten. Schließlich wird der Ölpreis auf Dollarbasis abgerechnet. Auch der oft herbeigeschriebene Einbruch im Export ist nicht eingetreten, weil wir 70 Prozent unseres Exports innerhalb der Europäischen Union abwickeln und deswegen nicht so anfällig sind. Das sind Dinge, die wir dem Bürger begreiflich machen müssen; denn das verdeutlicht jedem, dass er die Existenz und Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes auch Europa zu verdanken hat. So werden die Dinge greifbar und plastisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Gunther Krichbaum

- (A) Ein zweiter Punkt, den ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte, weil er meiner Ansicht nach noch nicht ausreichend gewürdigt worden ist, ist die **Erweiterung des Schengen-Raums**. Es ist auch das Verdienst unseres Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, dass man trotz Bedenken in der Öffentlichkeit darauf hingewirkt hat, dass sich die Menschen in Europa begegnen können. Das ist wichtig; denn davon profitieren die Bürger in Europa. Ich hätte mir gewünscht – mit dieser Bemerkung möchte ich zum Schluss kommen –, dass jene, die sich gegen den Vertrag von Lissabon wenden, die möglicherweise sogar vor das Bundesverfassungsgericht ziehen werden – das sage ich, weil ich aus meinem Herzen keine Mördergrube machen möchte –, dieser Debatte beigewohnt hätten; denn der eigentliche Ort der Auseinandersetzung ist der Deutsche Bundestag. Die parlamentarische Willensbildung vollzieht sich nämlich nicht in den Kolumnen irgendwelcher Tageszeitungen, sondern hier, im Deutschen Bundestag. Daher hätte ich mir die Anwesenheit dieser Abgeordneten ganz besonders gewünscht.

Ich denke, wir machen einen großen Schritt in die richtige Richtung. Wenn wir darauf schauen, was wir in den letzten 50 Jahren erreicht haben, wenn wir die Errungenschaften und Fortschritte sehen und in die Zukunft projizieren, dann wissen wir, vor welcher Zukunft wir stehen; dann wird uns aber auch klar, welche Fantasien uns manchmal güt täten.

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Alexander Ulrich, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Krichbaum, bisher hat nur einer angekündigt, vor das Verfassungsgericht zu ziehen, und der gehört Ihrer Fraktion an. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion muss ihre Hausaufgaben machen. Machen Sie es aber bitte nicht wie die SPD in Hessen: Mobben Sie ihn bitte nicht. Lassen Sie die demokratische Möglichkeit, nach Karlsruhe zu gehen, zu.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Unser Leben wird immer stärker von der Europäischen Union bestimmt. Bis Januar 2009 sollen alle EU-Länder den Vertrag von Lissabon ratifizieren. Die Völker Europas – das hat mein Kollege Lothar Bisky schon deutlich zum Ausdruck gebracht – sollen aber nicht mitbestimmen, wie die Grundlagen der Europäischen Union gestaltet werden, obwohl dadurch das Leben und Arbeiten der Bevölkerung grundlegend verändert werden. Der Vertrag von Lissabon – ich möchte das wiederholen – festigt die undemokratische, neoliberale und militärische Entwicklung der Europäischen Union.

- (C) (Beifall bei der LINKEN – Markus Löning [FDP]: Das ist ja nicht zu fassen!)

Herr Steenblock, das, was Sie hier gesagt haben, zeigt, wie sehr sich die **Grünen** zum Schlechteren verändert haben.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer zu völkerrechtswidrigen Kriegen die Hand hebt, wer in Jugoslawien, im Kosovo mitgemacht hat, hat natürlich kein Problem damit, zu dieser EU-Verfassung Ja zu sagen. Wer als Grüner kein Problem mit dem Krieg hat, muss zu einem solchen Vertrag natürlich Ja sagen. Schade, dass die Grünen sich so sehr zum Schlechteren verändert haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Niederländer und die Franzosen haben die ursprüngliche EU-Verfassung abgelehnt. Sie wollten zwar eine Verfassung, aber nicht Sozialabbau, Aufrüstung und eine neoliberale Wirtschaftsordnung mit Verfassungsrang.

(Markus Löning [FDP]: Das ist doch Volksverdummung, was Sie hier machen!)

Herr Bundesaußenminister, Sie sind nebenher stellvertretender Vorsitzender einer sogenannten Volkspartei. Vor wenigen Monaten hat die SPD in Hamburg ein Grundsatzprogramm beschlossen, in dem steht, dass man für den demokratischen Sozialismus eintritt. Wer das in ein Programm schreibt, aber zu einer **neoliberalen EU-Verfassung** Ja sagt, begeht einmal mehr Wortbruch, in diesem Fall gegenüber der eigenen Partei. Wortbruch wird zum Tagesgeschäft der SPD.

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie bauen doch die Mauern neu auf, nur an einer anderen Stelle!)

Nach den gescheiterten Volksabstimmungen haben sich die Regierungen eine Denkpause verordnet. Es wurde eine Pause des Denkens. In den Expertengesprächen während der letzten Wochen konnten wir feststellen, dass 90 Prozent des EU-Verfassungsvertrages in dem Vertrag von Lissabon steht. Das zeigt, dass die Behauptung, es handele sich nicht mehr um eine Verfassung, ein undemokratischer Putsch der EU-Regierungen war; denn 90 Prozent von dem, was damals darin stand, steht jetzt in den Verträgen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Von undemokratisch haben Sie Ahnung!)

Das ist eine Ignoranz gegenüber der Bevölkerung, insbesondere Frankreichs und der Niederlande.

Sie wollen keine Volksabstimmungen und auch keine Öffentlichkeit,

(Gerd Andres [SPD]: Sie wollen keine Volkdemokratie! – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Alexander Ulrich

- (A) weil die Regierung mit ihrer nur auf Wirtschaftsinteressen ausgerichteten Politik gescheitert ist. Wir hoffen, dass dieser Vertrag in Irland abgelehnt wird. Nur dann besteht noch die Chance für ein **friedliches und soziales Europa**. An die Bevölkerung Irlands sage ich: Gehen Sie zur Wahl und stimmen Sie mit Nein!

Die soziale Spaltung in den EU-Ländern nimmt immer mehr zu. Das ist kein Zufall, sondern Folge von politischen Entscheidungen. Das Europa der herrschenden Eliten will seine unsoziale und neoliberale Politik jetzt vertraglich absichern. Statt europäische Mindestlöhne, das Verbot der Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Mindestsozialstandards umzusetzen, wird die offene und freie Marktwirtschaft im Vertrag festgeschrieben.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Lesen Sie es einmal! Dann wissen Sie es besser!)

Dies bedeutet den Abbau von Schutzrechten für die Beschäftigten, Dumpinglöhne und auch Steuerdumping. Diese Wirtschaftsordnung widerspricht den Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Sie dient nur den Banken, Konzernen und Wohlhabenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer Armut und Prekarisierung bekämpfen will, muss den Vertrag von Lissabon ablehnen.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Das ist noch schlimmer als Moskau in den 50er-Jahren!)

- (B) Die **Grundfreiheiten** führen derzeit zur Unfreiheit der Arbeitnehmer. Der EuGH hat auf Grundlage der geltenden europäischen Verträge die erfolgreichsten Wirtschafts- und Sozialmodelle Europas angegriffen. In Finnland und Schweden wurde das Streikrecht mit der Dienstleistungs- bzw. Niederlassungsfreiheit ausgehebelt. Der Europäische Gewerkschaftsbund und die dänischen Gewerkschaften fordern daher, den Vertrag von Lissabon nicht zu ratifizieren.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Wie bitte?)

Wenn der Gerichtshof die Grundfreiheiten der Unternehmen höher bewertet, bedeutet dies, dass Aufträge künftig nur noch an Mindestlöhne gekoppelt werden dürfen. Damit werden Mindestlöhne zu Höchstlöhnen. Das ist doch pervers, das ist Gleichmacherei auf niedrigstem Niveau.

Sie schaffen eine Aufrüstungsverpflichtung. Der Vorsitzende der EU-Verteidigungsagentur hat das der FAZ mitgeteilt. Im Protokoll über die zuständige strukturelle Zusammenarbeit entmachten Sie die Parlamente. Die EU möchte ihre Battle Groups – zu Deutsch: Schlachtverbände – innerhalb von wenigen Tagen überall in die Welt verlegen können.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Schlachtverbände“?)

Wir fordern eine Verfassung für Europa, die an die besten europäischen Traditionen anknüpft. Wir wollen ein soziales und wohlhabendes Europa, ein Europa als

Friedensmacht, ein Europa des Völkerrechts. Sie wollen ein Europa der Nokias, der Zumwinkels, (C)

(Widerspruch bei CDU/CSU, der SPD, der FDP und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der Konzerne und des Finanzkapitalismus.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege.

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Ich komme zum Ende. – Die Menschen wollen Ihr Europa nicht. Deswegen lehnen wir den Vertrag von Lissabon ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Gerd Andres [SPD]: Das war eine Rede von ganz hohem Niveau! – Gegenruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, von ganz rechts!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Ulrich, es war schon bezeichnend, dass Sie sich, als Herr Krichbaum unzweifelhaft den leider abwesenden Peter Gauweiler angesprochen hat, angesprochen gefühlt haben. (D)

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Getroffene Hunde bellen!)

Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Gerd Andres [SPD]: Das kann er nicht!)

Ich glaube, wenn Sie darüber nachdenken, kommen Sie vielleicht zu dem Ergebnis, dass Sie einmal der Frage nachgehen sollten, wie es dazu kommen konnte, dass ein Vertreter Ihrer Fraktion hier erklärt hat, der Vertrag von Lissabon sei hinsichtlich der Demokratie, der Beteiligung von Parlamenten und vieler anderer Punkte ohne Zweifel besser als der **Vertrag von Nizza**. Wenn Sie hier sagen, Sie möchten, dass die Iren dafür abstimmen, dass der schlechtere Vertrag, der Vertrag von Nizza, in Kraft bleibt, dann zeugt das nicht von europapolitischer Kenntnis,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

sondern davon, dass Sie die Dinge nicht zu Ende gedacht haben. Das zeugt auch davon, dass in Ihrer Partei der Prozess, zu einer proeuropäischen Haltung und einem Bekenntnis zu Europa zu kommen und den Nationalismus zu überwinden – dieser nationalistische Gedanken-

Jürgen Trittin

- (A) gang ist der Hintergedanke der Klage von Herrn Gauweiler –, noch ein ganz langer Weg ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Verfassung müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen, worum es dabei geht. Dabei sollten wir uns davor hüten, das Vorhandene schönzureden. Wir sollten uns aber auch davor hüten, die Diskussion mit einfachen Populismen zu begleiten. Für das eine wie das andere gibt es Beispiele.

Heute kann man in der *Financial Times* ein Beispiel der letzteren Art lesen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Herr Kauder, bediente die Vorurteile der anderen Sichtweise auf Europa unter der Überschrift „Schluss mit den Anmaßungen“.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Genauso wie das Bild der Linken von einem militarisierten Europa falsch ist, ist Ihr Bild, Herr Kauder, eines Europas, das sich ständig neue Kompetenzen anmaßt und Richtlinien vorschlägt, ein falsches.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Dagegen gehen wir jetzt vor!)

Der Vorwurf von Herrn Kauder ist, dass vor der Erstellung von Richtlinien eine Einbeziehung der Bürger durch den Prozess der Konsultationen stattfindet. Wenn es etwas gibt, bei dem man von Europa lernen kann, dann ist es die offene Art und Weise, in der die Kommission ihre Richtlinien vor der Verabschiedung in **öffentlichen Konsultationen** zur Schau stellt.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Andreas Schockenhoff
[CDU/CSU])

Davon könnten Sie noch etwas lernen. Dafür sollte man Europa loben! Was ist das eigentlich für ein Bild, das Sie da zeichnen?

Wir streiten im Rahmen eines gemeinsamen Gesetzentwurfs zusammen mit Ihnen – in dem Punkt sind wir einer Meinung – dafür, auch einer Minderheit des Deutschen Bundestages das Recht einzuräumen, im Zweifel dagegen klagen zu können, wenn Kompetenzen überschritten werden.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: So ist es!)

Aber interessant sind dann immer die Beispiele, die ihnen zu angeblichen Kompetenzüberschreitungen einfallen.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Was fällt Ihnen denn ein?)

Das wichtigste Thema diesbezüglich war für Sie über Wochen und Monate hinweg offensichtlich, dass es in Wien eine Agentur für Menschenrechte gibt. Früher hat es zwar schon Tausende Agenturen gegeben, ohne dass Sie sich gerührt haben.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: 29!)

- aber als es um eine Agentur für Menschenrechte ging, haben Sie angefangen, das zu kritisieren. (C)

Ein anderes Beispiel sind die von Ihnen als ständig ausufernd beklagten Regelungen zur **Antidiskriminierung**. Das ist ein Punkt, an dem Sie Europa nicht nur schlecht verkaufen, sondern den Gedanken auf den Kopf stellen. Wenn es etwas gibt, das man aus den Plebisziten in Frankreich und den Niederlanden lernen kann, dann ist es, dass die Menschen Europa nicht mehr als einen Schutz vor den Gefährdungen und Verunsicherungen aufgrund der Globalisierung begriffen haben. Der Versuch, einheitliche Standards zur Antidiskriminierung in Europa zu schaffen – das hat auch etwas mit Wettbewerbsgerechtigkeit zu tun –, bedeutet doch nichts anderes, als den Bürgerinnen und den Bürgern Schutz vor den Anforderungen der Globalisierung und Sicherheit zu vermitteln. Das ist eine der Herausforderungen für Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzte Bemerkung: Man darf es sich auch in anderer Hinsicht nicht zu leicht machen. Nur weil jemand sagt, dass es aufgrund des Klimawandels und der Ressourcenknappheit ein **Sicherheitsproblem** geben wird, ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, noch keine Forderung nach einer Militarisierung der EU. Ich empfehle, einfach einmal nachzulesen, was jemand wie Solana zu dieser Frage sagt. Er schlägt zum Beispiel vor, EU-Kapazitäten aufzubauen im Hinblick auf Beobachtung und Frühwarnung über Konfliktprävention und Krisenbewältigung bis hin zum Katastrophenschutz. Es ist doch genau der richtige Ansatz, nicht nachzusorgen, sondern durch Prävention und Ursachenbekämpfung das Entstehen gewaltsamer Konflikte aufgrund solcher Risiken zu unterbinden. (D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist es, was sich in dem Vertrag von Lissabon, in der neuen Grundrechtecharta ausdrückt, –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Trittin.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
– und deswegen sagen wir Ja zu diesem Vertrag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Kauder.

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Kollege Trittin, zunächst einmal begrüße ich, dass Ihre Fraktion dem Vertragswerk zustimmt und damit ein klares Bekenntnis zu Europa abgibt. Wir haben in diesem Vertrag genau geregelt, wofür Europa zustän-

Volker Kauder

- (A) dig ist und wofür Europa nicht zuständig ist. Außerdem haben wir im Rahmen der **Föderalismusreform** in Deutschland genau festgelegt, wofür der Bund zuständig ist und wofür die Länder zuständig sind. Daher kann nicht jedes Mal, wenn man meint, dass in einem bestimmten Fall der Bund zuständig sein sollte, in die Kompetenzen der Länder eingegriffen werden.

Ich habe in meinem Namensbeitrag ausdrücklich gesagt:

Beim Natur- und Verbraucherschutz, im Arbeitsrecht und in der Sozial- und Familienpolitik mag es unterschiedlichen Handlungsbedarf geben. Aber

– jetzt kommt der entscheidende Satz; Sie können davon ausgehen, dass dies auch die Meinung meiner Fraktion ist –

nicht jedes Problem ist ein Auftrag für die Kommission, immer tätig zu werden, wenn sie glaubt, etwas besser regeln zu können als die Mitgliedstaaten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im weiteren Verlauf meines Artikels habe ich gesagt:

Nicht überall sind einheitliche europäische Lösungen automatisch richtig.

Gerade Sie, Herr Trittin, müssten diesen Satz unterschreiben können. Oder sind Sie etwa der Meinung, dass wir in Europa zu einheitlichen Auffassungen in der Energiepolitik kommen sollten, beispielsweise bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie?

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie endlich dieser Ansicht wären. Denn bei diesem Thema vertreten Sie eine ganz andere Auffassung als die Mehrheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Wir sollten uns an diesem Punkt aber nicht streiten. Es geht schlicht und ergreifend darum, dass die Menschen in vielen Fällen den Eindruck haben, Europa sei meilenweit von ihnen entfernt.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Ja! Weil Sie ihnen das einreden!)

Ich will ein Europa, das auch die Herzen der Bürgerinnen und Bürger bewegt, nicht nur ihre Köpfe.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! So nicht! Wir brauchen auch die Köpfe der Menschen und nicht nur ihre Herzen!)

Deswegen ist es richtig, Europa den Menschen näherzubringen, nicht den Bürokraten. Das war die Botschaft meines Beitrags.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Trittin.

- (Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Jetzt kommt das Bekenntnis zur Kernenergie! – Heiterkeit bei der CDU/CSU) (C)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Kollege Kauder, manchmal muss man aufpassen, welche Beispiele man anführt. Ein schönes Beispiel, das Sie erwähnt haben, ist die **Föderalismusreform** in Deutschland. Ich habe noch gut in Erinnerung, was hier geschehen ist. Sie haben eine Föderalismusreform beschlossen, deren erklärtes Ziel darin bestand, sicherzustellen, dass es künftig keine Finanztransfers des Bundes an die Länder mehr geben wird, beispielsweise für Ganztagschulen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört!)

Dann stellte Ihre Ministerin Frau von der Leyen fest – übrigens zu Recht –, dass es bei der Kinderbetreuung in Deutschland ein Defizit gibt. Daher mussten Sie einen Weg vorbei am Grundgesetz und an der von Ihnen gerade erst getroffenen Regelung finden, um das dafür dringend benötigte Geld bereitstellen zu können.

Was lehrt uns dieses Beispiel? Sollte man einem solchen Vorgehen auf europäischer Ebene nacheifern? Ich glaube, nein. Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Es gibt Dinge, die man gut auf europäischer Ebene regeln kann, und es gibt Dinge, die man besser vor Ort regeln kann.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Genau!)

- Wir sind diejenigen, die an dieser Stelle für ein hohes Maß an Dezentralität plädieren. (D)

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Aha! Sehr richtig!)

Wir geben uns aber nicht dem Irrtum hin, dass das möglich ist, indem man schlanke und einfache Regelungen trifft, wie Sie es im Rahmen der Föderalismusreform versucht, aber schlecht gemacht haben. Was man braucht, sind Mechanismen, die dann, wenn es zu einem Konflikt kommt, greifen. Das ist auch der Grund, warum wir die zur Subsidiaritätsklage einer Minderheit getroffene Regelung mittragen.

Am Ergebnis kommen auch Sie nicht vorbei: Es ist mit der Idee eines gemeinsamen Binnenmarktes überhaupt nicht zu vereinbaren, dass wir wichtige Parameter des Binnenmarktes – ein Beispiel sind die Steuern – dauerhaft weiterhin entweder national oder nur im Konsens regeln können. Das ist ein Defizit dieses Vertrages, übrigens ein Defizit, das auch Ihre Fraktion immer kritisiert hat. In Anbetracht der Situation, dass eine vergemeinschaftete europäische Regelung ein Defizit hat, sollten Sie nicht permanent davon reden, Europa würde alles „kleinregulieren“.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ach was! – Gegenruf des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD]: Jetzt hören Sie doch mal zu, Herr Kauder!)

Was die Energiepolitik angeht, mache ich mir übrigens gar keine Sorgen. Über dieses Thema sollten Sie

Jürgen Trittin

- (A) einmal mit Ihren österreichischen Parteifreunden von der ÖVP diskutieren.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ja! Das tun wir!
Mit unseren Freunden in Norwegen und Finnland reden wir übrigens auch!)

Dann werden Sie das Echo auf Ihre Vorschläge bekommen.

Ich gebe Ihnen ein anderes schönes Beispiel: Sie sollten einmal darüber nachdenken, ob Ihre Form der Verweigerung einer Regelung europäisch korrekt ist. Wie kann es sein, dass Deutschland das einzige Land ist, –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Trittin, Ihre drei Minuten sind verbraucht.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– das darauf verzichtet, zu regeln – Frankreich, die Beneluxstaaten, Großbritannien machen es uns vor –, was jemand verdienen muss? Deutschland geht, was die Beschäftigung angeht, einen nationalen Sonderweg, mit dem wir permanent Lohndumping aus Steuermitteln finanzieren. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

- (B) Zu einer weiteren Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Kauder das Wort.

(Gerd Andres [SPD]: Wie geht das denn? – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Dann können wir ja alle gehen!)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Herr Trittin, ich möchte nur auf einen Ihrer Punkte eingehen. Sie haben das Beispiel der Kinderkrippen angesprochen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wir haben hier keine Hamburger Koalitionsverhandlungen!)

Es ist durchaus richtig, dass man über die Kompetenzzuweisung sprechen muss. Aber dann muss die Europäische Kommission bereit sein, sich mit uns zusammenzusetzen und sich mit uns zu einigen, wie wir es mit den Ländern gemacht haben. Dann können wir den Vorschlag miteinander umsetzen. Aber die Europäische Kommission setzt sich nicht mit uns zusammen, sie kündigt einfach an, was sie machen will. Hier unterscheidet sie sich von unserer Vorgehensweise.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Das ist nicht wahr! So ein dummes Zeug!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Trittin, Sie dürfen noch antworten; aber dann beenden wir dieses Gespräch.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(C) Lieber Kollege Kauder, ich muss Ihnen Nachhilfe geben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Oberlehrer! – Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Herr Magister!)

Es ist doch so: Die Kommission macht Vorschläge, sie hat das alleinige Initiativrecht in Europa. Diese Vorschläge haben keinerlei Rechtsverbindlichkeit, es sei denn, der Rat und, in den meisten Fällen, das Parlament stimmen dem zu. Das heißt, wir haben genau den Zustand, dass in Europa seit geraumer Zeit ohne Zustimmung der Mitgliedstaaten nichts geht.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Ist das jetzt die Bewerbungsrede von jemandem, der EU-Kommissar werden will?)

Was Sie gerade belegt haben, ist das alte Vorurteil über Europa. Das können wir nicht durchgehen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nicht die Kommission ist Europa, wir sind Europa; das ist die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Da haben Sie etwas nicht verstanden!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

(D) Ich gebe das Wort dem Kollegen Dr. Carl-Christian Dressel, SPD-Fraktion.

Dr. Carl-Christian Dressel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ohne jetzt eine Replik geben zu wollen, möchte ich anknüpfen an das, was Herr Trittin gesagt hat: Gerade wenn man mit Vorurteilen gegenüber Europa aufräumen will, gerade wenn man darstellen will, dass Europa etwas ist, was jeden angeht, muss man feststellen: Der Vertrag von Lissabon ist ein wichtiger Schritt, weil Europa mit diesem Vertrag transparenter, effizienter und vor allem demokratischer wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir erleben auch einen weiteren wichtigen Entwicklungsschritt: Nachdem sich die Europäische Union schon einige Zeit als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts versteht, sind jetzt in Art. 2 des EU-Vertrages die Werte aufgeführt, auf die sich die Union stützt, Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenwürde. Für eine Gemeinschaft, die ursprünglich als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde, ist diese Entwicklung zu einer **Wertegemeinschaft** etwas, was mit uns Sozialdemokraten der überwiegende Teil des Hauses nur gutheißen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Carl-Christian Dressel

- (A) In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass durch den Vertrag von Lissabon die Charta der Grundrechte für die Institutionen der EU erstmals Rechtsverbindlichkeit erhält. Ich wage aber vorauszusagen: Wenn die Charta der Grundrechte gegenüber den Institutionen der EU gilt, dann wird sich im Sinne eines *Jus Commune Europaeum* auch eine Entwicklung in die nationalen Verfassungsräume abzeichnen, so wie es jetzt schon ein fruchtbares Miteinander im deutschen Verfassungsraum auf Bundes- und Länderebene gibt.

Gleichzeitig wird im Rahmen der Stärkung der nationalen Parlamente allerdings auch das Europäische Parlament weiter gestärkt. Dies haben wir als Parlamentarier seit Jahren gewünscht. Das gilt sowohl für uns als auch für die Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments. Wir können uns erfreut darüber zeigen, dass gerade diese Fortschritte während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahre 2007 beschlossen worden sind.

Zu den Fortschritten gehört auch, dass die Opposition im Deutschen Bundestag mehr Rechte erhält, oder – wie es Nikolai Fichtner in der *Financial Times Deutschland* formuliert hat – „Mehr Macht für Opposition im Bundestag“. Es besteht die Möglichkeit, dass die Opposition, wenn sie über ein bestimmtes Quorum der Mitglieder des Deutschen Bundestages verfügt, gegen europäische Vorhaben mit der **Subsidiaritätsklage** vorgehen kann. Ich denke, dieses Oppositionsrecht ist beispielhaft und fraktionsübergreifend begrüßenswert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Wir hoffen, dass wir mit der heutigen Debatte den Ratifizierungsprozess beschleunigen können. Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf am 19. Dezember 2007 beschlossen. Ich gehe davon aus, dass gerade von der deutschen Ratifizierung eine besondere Signalwirkung ausgeht. Wir wollen, dass der Ratifizierungsprozess in allen Mitgliedstaaten – an die „Linken“ gerichtet füge ich hinzu: inklusive Irland – zügig und positiv verläuft, damit der Vertrag zu Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten kann.

Was wir als Bundesrepublik Deutschland dazu beitragen können, das tun wir auch. Neben der Ratifikation des Vertrages von Lissabon und der Verabschiedung des sogenannten Begleitgesetzes müssen wir unser **Grundgesetz** behutsam anpassen, um die Ziele zu erreichen, die wir mit dem Begleitgesetz verfolgen:

Erstens. Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes sieht vor, durch die Einfügung eines Abs. 1 a in Art. 23 das Recht des Bundestages und des Bundesrates auf Erhebung der Subsidiaritätsklage im Grundgesetz zu verankern und im Rahmen des Oppositionsschutzes die Pflicht des Bundestags einzuführen, auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Erhebung der Subsidiaritätsklage zu beschließen.

Zweitens. Das Mehrheitsprinzip wird in einzelnen Fällen modifiziert, sodass wir im Begleitgesetz in Einzelfällen die Zweidrittelmehrheit anstelle der im Hause üblichen einfachen Mehrheit festschreiben können.

Drittens. Durch eine Änderung von Art. 45 des Grundgesetzes wird der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Wahrnehmung der Rechte ermächtigt, die dem Deutschen Bundestag in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union eingeräumt werden. (C)

Viertens. Um einen Gleichklang im Rahmen des Oppositionsschutzes, der im System des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland angelegt ist, zu gewährleisten, wird das für Normenkontrollanträge maßgebende Quorum nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 Grundgesetz von einem Drittel auf ein Viertel angepasst, wie es schon bei der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen vorgeschrieben ist und wie es auch künftig bei der Erhebung der Subsidiaritätsbeschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof geregelt wird.

Das ist ein vernünftiger und rechtssicherer Weg, der sich in der Tradition unseres Parlaments und seines Vorgängers befindet. Am 8. September 1948 hat Carlo Schmid im **Parlamentarischen Rat** ausgeführt – ich zitiere –:

... daß die drei Staatsfunktionen Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen, und zwar deswegen in den Händen verschiedener Organe liegen müssten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können.

Dieses von Carlo Schmid definierte Ideal können wir durch den EU-Reformvertrag auf die europäische Ebene ausweiten; denn die Möglichkeit einer verbesserten gegenseitigen Kontrolle auf europäischer wie auf nationaler Ebene ist gegeben. Lassen Sie uns ein fraktionsübergreifendes Signal für dieses Ziel aussenden. Ich wünsche, dass jede demokratisch und wahrhaft europäisch gesinnte Fraktion in diesem Haus den vorgelegten Gesetzentwürfen zustimmt, sodass wir Einstimmigkeit erreichen. (D)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Thomas Silberhorn, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das erklärte Ziel des Vertrages von Lissabon ist es, die Europäische Union der 27 Mitgliedstaaten handlungsfähiger und demokratischer zu machen. Diesem Ziel kommen wir, wie ich meine, ein gutes Stück näher. Mehr Handlungsfähigkeit wird durch die Vereinfachung der Entscheidungsprozesse erreicht, beispielsweise durch die Ausweitung der Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit, aber auch durch die institutionellen Veränderungen. Das ist in einer erweiterten Europäischen Union

Thomas Silberhorn

- (A) unabdingbar. Mehr Demokratie schaffen wir durch eine Stärkung der Parlamente, sowohl durch eine Aufwertung des Europäischen Parlaments, das in vielen Fällen am Mitentscheidungsverfahren beteiligt wird, als auch durch eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente. Beides, mehr Handlungsfähigkeit und mehr Demokratie, bedingen aber auch einander. Wenn man die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union stärken will, dann erfordert das geradezu, dass man auch mehr Demokratie schafft, und zwar dadurch, dass man die Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments wie der nationalen Parlamente stärkt. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal des Vertrages von Lissabon.

Über die Instrumente, die den nationalen Parlamenten an die Hand gegeben werden – die Subsidiaritätsrüge und die Subsidiaritätsklage –, haben wir mehrfach debattiert. Ich bin nach wie vor skeptisch, ob der sehr hohe formale Aufwand der Subsidiaritätsrüge – innerhalb von acht Wochen muss eine Stellungnahme abgegeben werden und ein bestimmtes Quorum der nationalen Parlamente erreicht werden – gerechtfertigt ist. Wir werden bei der Wirkung der **Subsidiaritätsrüge** sehr genau hinschauen müssen. Nach meiner Einschätzung liegt ihre Wirkung weniger in den einzelnen Verfahren als im Allgemeinen darin, dass wir mit diesem Instrument eine höhere Sensibilität der nationalen Parlamente für europäische Politik schaffen können. Aber wir können damit umgekehrt auch eine höhere Sensibilität der europäischen Institutionen für die Belange der nationalen Parlamente erreichen. Mit wesentlich mehr Hoffnung sehe ich die **Subsidiaritätsklage**, die wir – völlig zu Recht – im Deutschen Bundestag als ein Minderheitenrecht eines Viertels der Mitglieder des Hauses ausgestalten. Das ist die einzig sachgerechte Lösung. Das haben auch die Expertengespräche im Europaausschuss ergeben.

- (B) Vor diesem Hintergrund werden sich auch die Rolle der Kommission und die Rolle des Europäischen Gerichtshofs verändern müssen. Die Europäische Kommission wird sehr viel genauer als bisher begründen müssen, warum sie auf europäischer Ebene aktiv wird. Herr Trittin, hier muss in der Tat mit mancherlei Anmaßung Schluss sein, die die Europäische Union bislang im Rahmen der Kommission begeht; denn die Interpretation des Subsidiaritätsprinzips kann nicht sein, dass es immer dann besser ist, wenn die Europäische Union tätig wird. Das haben wir an der Bodenschutzrichtlinie gesehen. Hier wird die Tätigkeit der Europäischen Union damit begründet, dass in einem Fluss die Flussablagerungen flussabwärts die Grenze überschreiten könnten. Es grenzt schon an Absurdität, mit einem solchen Argument das Tätigwerden auf europäischer Ebene zu begründen.

Die Europäische Kommission wird sich künftig sehr viel mehr anstrengen müssen. Es reicht eben nicht aus, darauf zu verweisen, dass es besser ist, etwas auf europäischer Ebene gemeinsam zu regeln. Die Europäische Kommission muss vielmehr auch darlegen, dass eine bestimmte Materie durch die Mitgliedstaaten nicht ausreichend geregelt werden kann. Insoweit setze ich manche Hoffnung auf den Europäischen Gerichtshof. Ich wünsche mir, dass sich der **Europäische Gerichtshof** zum

Partner der Parlamente entwickelt; denn die Instrumente, die uns der Vertrag von Lissabon zuweist, bedeuten ein Stück Mitverantwortung der nationalen Parlamente für die europäische Politik. Die Mitverantwortung der nationalen Parlamente muss dazu führen, dass die bislang recht exekutivlastige Rechtsetzung in der Europäischen Union ein Stück weit parlamentarisiert wird, und zwar durch die bessere Beteiligung des Europäischen Parlaments wie der nationalen Parlamente. (C)

Dies wird sich am Ende selbstverständlich auch in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs niederschlagen müssen. Es ist dessen Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das Subsidiaritätsprinzip justiziabel wird und mit Inhalten ausgestattet wird. Eine wirksame Kompetenzbegrenzung muss auch in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Tragen kommen. Außerdem muss ein gewisses Verständnis dafür entwickelt werden, dass nicht jedes Tätigwerden eines Ministers im Ministerrat mit der parlamentarischen Mehrheit gleichzusetzen ist, der dieser Minister zu Hause verpflichtet ist. Da kann es durchaus Unterschiede geben. Deswegen ist die Wahrung der Handlungsspielräume der nationalen Parlamente unsere Aufgabe als Wächter des Subsidiaritätsprinzips und zugleich eine Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs, dies in seiner Rechtsprechung ebenfalls zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in der Umsetzung des Vertrages von Lissabon Regelungen gefunden, die europaweit Maßstäbe setzen. Es kommt uns darauf an, dass wir unsere neuen Instrumente aus dem Vertrag von Lissabon im Bundestag wirkungsvoll wahrnehmen und gleichzeitig gegenüber der eigenen Bundesregierung eine starke **Mitwirkung des Bundestages** verankern. (D)

(Beifall des Abg. Markus Löning [FDP])

Dass dies gelungen ist, ist für viele Kolleginnen und Kollegen die Voraussetzung dafür gewesen, dem Vertrag von Lissabon am Ende zustimmen zu können. Die Kompetenzübertragung, die wir auf die europäische Ebene vornehmen, wird durch eine stärkere Mitwirkung des Bundestages auf nationaler Ebene gewissermaßen kompensiert. Das bedeutet eben eine stärkere Mitwirkung nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch gegenüber der eigenen Regierung.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Hier wird dem Bundestag nicht nur eine Kontrollfunktion, sondern auch eine konstruktive Rolle, eine gestaltende Funktion, eingeräumt. Im Ergebnis wird dies dazu beitragen, dass europäische Politik auf höhere Akzeptanz stoßen kann, wenn sie durch die Parlamente der Mitgliedstaaten in größerem Umfang als bisher mitgetragen und gestaltet wird.

Vielen Dank.

Thomas Silberhorn

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Axel Schäfer, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist die Stunde des Parlaments. Mit einem gewissen Stolz können wir feststellen, dass wir, die übergroße Mehrheit in diesem Hause, mit dem Lissabon-Vertrag die Gemeinschaft demokratischer, bürgernäher und damit auch parlamentarischer machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Damit haben wir ein Stück des Weges abgeschlossen, den seit 45 Jahren die Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten im Bundestag – seit 25 Jahren auch die Grünen – gegangen sind: einen gemeinsamen europäischen Verfassungsbogen zu spannen, der für die Politik tragfest ist, die unser Land auch mit unterschiedlichen Regierungskonstellationen in der Europäischen Union macht.

Bei dieser parlamentarischen Debatte ist der Linkspartei eine Frage zu stellen. Die Linkspartei muss heute entscheiden, für welche Tradition sie steht: für die Tradition, die mit der jungen Arbeiterbewegung und Teilen des liberalen Bürgertums 1848, also vor genau 160 Jahren, begonnen hat, als in der Bürgerlichen Revolution das vereinte Europa ein Schlagwort war, oder für die Tradition der KPD von vor genau 60 Jahren, Nein zum Grundgesetz zu sagen. Vor dieser Entscheidung stehen Sie heute. Für uns ist unsere Entscheidung deshalb so wichtig, weil wir mit dem neuen Vertrag von Lissabon so etwas wie ein Grundgesetz für das 21. Jahrhundert in Europa schaffen. Das Nein der Linkspartei dazu heißt eben, dass sie sich auf eine kommunistische Tradition stützt, die nicht unsere Tradition ist. Dies muss hier ganz deutlich gemacht werden.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir hatten eine **Expertenanhörung** – es gab eine außergewöhnlich spannende und kritische Diskussion –, an deren Ende uns alle Experten, egal von welcher Fraktion sie vorgeschlagen worden sind, gesagt haben: Wir empfehlen euch, für diesen Vertrag zu stimmen. – Keiner hat gesagt, wir sollten gegen den Lissabon-Vertrag stimmen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das stimmt nicht!)

– Das gilt selbst für eure Experten. Der Einzige, der anderer Meinung war, war ein Abgeordneter der Linkspartei aus dem Europäischen Parlament. – Wenn Sie sagen, dass der Entwurf des Lissabon-Vertrages ein Putsch der Regierung sei, dann zeigen Sie nur eines: Sie sind auf Bundesebene europapolitisch nicht handlungsfähig.

(Zuruf von der CDU/CSU: Untauglich!)

Besser gesagt: Sie sind auf Bundesebene, was Europa (C) angeht, untauglich. Das ist die ganz klare Feststellung, die wir hier treffen müssen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Markus Löning [FDP]: Die sind überhaupt untauglich!)

Eines geht bei dieser Diskussion, die Gott sei Dank vielfältig war und bei der sich nicht nur breiter Jubel Bahn gebrochen hat, natürlich auch nicht, nämlich dass wir unehrlich über die schwierige Dialektik zwischen Bürgerinteressen und Parlamentarismus reden. Wir haben die gesamte Diskussion über den Verfassungsvertrag, die jetzt mit dem Lissabon-Vertrag endet, acht Jahre lang öffentlich geführt. Wir hatten Anhörungen und Veranstaltungen, wie es sie nie zuvor in der europäischen Geschichte gegeben hat. Es sind wahrscheinlich Millionen E-Mails an den Konvent gegangen, in denen Vorschläge, Meinungen und berechtigte Kritik geäußert wurden. Das alles ist von den Parlamenten aufgenommen worden und in den Diskussionsprozess eingegangen. Das Resultat ist letztendlich der Kompromiss, der möglich war zwischen denen, die in Europa ein Stückchen weitergehen wollen, und denen, die eher ein Stückchen zögerlich sind. Am Ende haben aber alle gesagt: Dieser Vertrag muss parlamentarisch ratifiziert werden.

Ich hätte es gut gefunden – das sage ich ganz offen –, wenn es dem Konvent gelungen wäre, ergänzend zur parlamentarischen Ratifizierung an einem Tag **Volksabstimmungen** in Europa anzusetzen. Dann hätte man, wie es in der Schweiz der Fall ist, ratifiziert, wenn die Mehrheit der Staaten – in der Schweiz sind es die Kantone – (D) und die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dafür gestimmt hätten. Das ist leider nicht gelungen. Hier haben wir im Rahmen des Verfassungsprozesses tatsächlich ein Defizit, das wir ruhig einräumen können. Aber eines geht natürlich überhaupt nicht, nämlich dass diejenigen, die die Verfassung sowieso nicht wollen, sich dafür aussprechen, dass die Bürger abstimmen, aber nicht um der Abstimmung willen, sondern deshalb, damit dieses Europa verhindert wird. Dagegen sind wir allerdings.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lasst uns auch, weil wir von der **Selbstverpflichtung des Parlaments**, unserer Selbstverpflichtung für die zukünftige Arbeit reden, offen ansprechen: Jawohl, es gibt Unterschiede zwischen den Parteien; es gibt auch Unterschiede innerhalb der jetzigen Großen Koalition. In Zukunft wird es auch in diesem Hause einen spannenden Wettbewerb bei der Diskussion über die europäische Dimension von Politik geben. Wir reden hier nicht über Europa, sondern über die Handlungsebene, die wir zusätzlich zur nationalen Ebene unbedingt brauchen. Es wird sich die Frage stellen, ob diese Debatte über Europa durch die Hoffnungsträger oder eher durch die Bedenkenträger bestimmt wird. Ich sage für meine Fraktion: Wir waren, wir sind und wir bleiben die Partei der europäischen Hoffnungsträger. Wir haben im Grundgesetz formuliert, dass wir dieses vereinte Europa wollen, um dem Frieden in der Welt zu dienen. So haben es

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit über 140 Jahren formuliert. Das ist unsere Verpflichtung, und deshalb werden wir diesem Vertrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Ulrich.

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Lieber Kollege Axel Schäfer, ich kann die Nervosität der Sozialdemokratie angesichts der Umfragen, die unsere beiden Parteien demnächst auf gleicher Höhe sehen, und angesichts der Tatsache, dass die sozialdemokratische Partei unter die 20-Prozent-Marke fällt, sehr gut verstehen.

Ich frage mich wirklich, wie du es nennst, dass es in Frankreich und den Niederlanden **Volksabstimmungen** gab, die Bevölkerungen mit Nein gestimmt haben, nun 90 Prozent dessen, was im ursprünglichen Entwurf stand, im jetzigen Verfassungsvertrag enthalten ist und jetzt die Regierungen nichts Besseres zu tun haben, als darauf zu achten, wie man möglichst jeder Volksabstimmung aus dem Weg gehen kann, um die Verträge durchzubringen. Wie nennst du das? Ist das das demokratische Modell, das du für Europa willst? Wir nennen das ganz bewusst einen Putsch; denn hier haben die Regierungen versucht, die Völker zu entmachten.

- (B) (Michael Roth [Heringen] [SPD]: Es gibt eine Verfassung! Es gibt ein Grundgesetz!)

Das ist Fakt; man kann nicht darum herumreden.

Zweitens. Du sagst, dass wir nicht in Europa angekommen sind. Ich sage ganz bewusst: Wir sind stolz darauf, dass wir, die Linke, nicht Ja sagen zu einem Europa, in dem die Armut wächst, in dem die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Wir wollen nicht zulassen, dass im Mittelmeer Menschen ertrinken, weil sie nicht nach Europa gelassen werden. Zu diesem Europa sagen wir ganz bewusst Nein. Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Damit sind wir in Europa angekommen; ihr seid auf dem Weg, nur Kapitalinteressen zu vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: So ein Schwachsinn!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Schäfer, Sie können erwidern.

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, dass man Volksabstimmungen immer nur dann heranzieht, wenn sie negativ verlaufen sind. Im Jahr 2005 gab es in Spanien und Luxemburg Referenden, bei denen sich eine Mehrheit für die Verfassung aussprach. Es wäre gut, wenn das zur Kenntnis genommen würde.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Es hilft überhaupt nicht weiter, wenn Sie ständig Dinge wiederholen, die überhaupt nichts mit der Verfassung zu tun haben, sondern lediglich mit der Frage, wie wir letztlich auf einem gemeinsamen Fundament unterschiedliche Politik gestalten. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei weicht etwas von der Politik der anderen Parteien ab; aber das Fundament ist das gleiche.

Lieber Kollege Ulrich, es hilft auch überhaupt nicht weiter, wenn Sie immer wieder auf Frankreich hinweisen, ohne dabei zu erwähnen, dass Ihre Parteifreunde dort zusammen mit der Front National, den Rechtsextremisten, dieses Europaprojekt bekämpft haben; das muss hier deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Solche Partner wie die Front National wollen wir nicht haben.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Hermann Gröhe, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hermann Gröhe (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte ging es im Kern um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und um mehr Transparenz. Wenn kurz vor Ende in einer Kurzintervention der Fortschritt, der mit dem Vertrag von Lissabon verbunden ist, mit dem Wort „Putsch“ belegt wird, dann zeigt das einfach, dass mancher das Friedenswerk Europa bis heute nicht begriffen hat.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zum Abschluss dieser Debatte ein innenpolitisches Thema ansprechen: die behutsame **Verfassungsänderung**, die wir ebenfalls heute auf den Weg bringen. Wie bei anderen europäischen Weichenstellungen, etwa im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht, ist auch heute eine Anpassung verfassungsrechtlicher Bestimmungen aus unserem Grundgesetz erforderlich. Es hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass die Minderheitenrechte unseres Parlaments, die wir in der letzten Legislaturperiode einfachgesetzlich – mit einem Begleitgesetz – geregelt haben, einer sicheren verfassungsrechtlichen Grundlage bedürfen. Ein Minderheitenrecht ist immer auch eine Abkehr vom Mehrheitsprinzip; deswegen bedarf es einer entsprechenden Verankerung im Grundgesetz.

Mit der **Subsidiaritätsklage** wird die Möglichkeit eröffnet, zu prüfen, ob Bestimmungen des sekundären Gemeinschaftsrechts gegen eine Norm des primären Gemeinschaftsrechts, nämlich das Subsidiaritätsprinzip, verstoßen. Mit anderen Worten: Es geht dabei um die Frage, ob die EU ihre Kompetenzen überschreitet. Die

Hermann Gröhe

- (A) Tatsache, dass die EU dies selbst im Vertragswerk regelt, macht deutlich, dass der Konflikt, auf den unser Fraktionsvorsitzender hingewiesen hat, von existenzieller Bedeutung ist. Es muss immer darum gehen, sauber abzugrenzen: Wo liegen die Kompetenzen der EU? Wo liegen die Kompetenzen der Mitgliedstaaten?

Bei der Subsidiaritätsklage als einem Minderheitenrecht ging es um die Frage: Wollen wir die Regelung, die wir in der letzten Wahlperiode beschlossen haben, ins Grundgesetz aufnehmen, nämlich das Recht einer Fraktion, Klage zu erheben, verbunden mit der Möglichkeit, dies mit einer Zweidrittelmehrheit zu verhindern? Wir, die Koalition, haben uns dagegen entschieden und den Oppositionsfraktionen einen anderen Vorschlag unterbreitet. Wir hätten es für systemwidrig gehalten, de facto materielles Geschäftsordnungsrecht des Bundestages in die Verfassung aufzunehmen; denn damals wurde in erster Linie ein qualifiziertes Antragsrecht einzelner Fraktionen geschaffen. Mit dem Vorschlag, auf den sich die Große Koalition, FDP und Grüne jetzt verständigt haben, knüpfen wir an Vorschläge der Unionsfraktion aus der letzten Wahlperiode an, nach denen die Subsidiaritätsklage bzw. das damit verbundene Minderheitenrecht im Parlament als wirkliches Minderheitenrecht qualifiziert und nach denen auch damals schon eine Parallelisierung zum Verfahren der Normenkontrollklage vorgesehen werden sollte. Außerdem nehmen wir Anliegen aus der Opposition und Anregungen des Bundestagspräsidenten im Hinblick auf die Gestaltung des Minderheitenrechts im Parlament auf.

- (B) Wir haben dies in folgender Weise zusammengeführt: Parallel zum Verfahren zur Normenkontrolle können 25 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundestages – dies entspricht der Regelung, nach der 25 Prozent der Mitglieder auch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangen können – darauf bestehen, dass der Bundestag eine Subsidiaritätsklage einreicht. Anders als beim Verfahren zur Normenkontrolle, die im Namen dieser 25 Prozent der Mitglieder erhoben wird, führt im Falle der Subsidiaritätsklage der Deutsche Bundestag als Ganzes das Verfahren. Deswegen ist es richtig, dass im Begleitgesetz die folgende Regelung getroffen wird: Wenn mindestens 25 Prozent der Mitglieder des Hauses keine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips sehen, dann können sie dies in der Klageschrift zum Ausdruck bringen.

Parallel dazu wird durch die Verfassungsänderung Weiteres auf den Weg gebracht. Ich nenne die Stärkung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union und die Möglichkeit, durch ein Zustimmungsgesetz Abweichungen vom **Mehrheitsprinzip** dann vorzusehen – aber auch nur dann –, wenn in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union Bundestag und Bundesrat besondere Rechte zugewiesen werden. Es kann also keineswegs um Ausnahmen vom Mehrheitsprinzip allgemein in Angelegenheiten der Europäischen Union gehen. Es ist gut, dass dies in der Gesetzesbegründung ausdrücklich festgehalten wird.

Heute nimmt sich der Deutsche Bundestag einmal mehr selbst in die Pflicht, der europäischen Politik durch

die Verankerung europapolitischer Entscheidungen in den nationalen Parlamenten mehr demokratische Legitimation zu verleihen. Dies ist ein guter und wichtiger Schritt. Dass wir dies durch die beiden demokratischen Oppositionsfraktionen und durch die Große Koalition hier in so großer Gemeinsamkeit einbringen können, lässt mich hoffen, dass wir diese behutsame Verfassungsänderung nach einer zügigen Diskussion in einer gemeinsamen Beschlussfassung auf den Weg bringen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/8300, 16/8489, 16/8488 und 16/7446 an die in der Tagessordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(C)

(D)